

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher neue Zeitung. 1947-1949 1948

76 (3.7.1948)

Süddeutsche Allgemeine

KARLSRUHER NEUE ZEITUNG

Erscheinungstage: Montag, Mittwoch, Freitag u. Samstag. Einzelpreis DM 2,00, monatlicher Bezugspreis DM 2,20 (inkl. RM - 20 Träggebühren), bei Zustellung durch die Post DM 2,40 zuzüglich Zustellgebühr.

Anzeigenpreis: Die 35 mm br. Nonp-Zeile Karlsruher Ausgabe DM 1,50; Pforzheimer Ausgabe und Württembergische Abendblatt je DM 1,-; Gesamtanlagende DM 1,-. Amtliche Anzeigen 50 Prozent Nachschlag.

2. Jahrgang / Nummer 76 Samstag, den 3. Juli 1948 Einzelpreis 20 Pfennig

„Niemand will eine Zentralregierung bilden“

Ministerpräsident Dr. Maier zur Presse — Vereinigung von Nord- und Südbaden nicht mehr schwierig

Stuttgart, 2. Juli (SAB). Ministerpräsident Dr. Reinhold Maier gab am Freitag der Presse Aufschluß über die Frankfurter Tagung. „Mit dem gestrigen Tage, so sagte er, ist die Trizone Wirklichkeit geworden. Wir sind von der Zone zur Zone geschritten und nunmehr zur Trizone aufgedrückt. Dieser Schritt darf aber nicht endgültig sein, da das Ziel unserer Politik nur Gesamtdeutschland ist.“

Den Standpunkt der deutschen Ministerpräsidenten zur Bildung einer westdeutschen Staatsparität drückte Dr. Maier in folgenden Worten aus: „Es will in Frankfurt oder sonstwo jetzt niemand eine Zentralregierung bilden. Wir möchten überhaupt nur eine Organisation des deutschen Westens mit den Regierungsbefugnissen, die eben notwendig sind, um diesen Westen am Leben zu erhalten, bis es gelingt, mit ganz Deutschland zu einer Vereinbarheit zu gelangen. Das hat nur Folge, daß niemand daran denkt, eine deutsche Nationalversammlung einzuberufen. Wir wollen lediglich ein Verwaltungsgremium schaffen, das nur die Fragen regelt, wie dieser Staatsapparat funktionieren soll.“

Über das in Frankfurt bekanntgegebene Besatzungsstatut äußerte sich der Ministerpräsident ebenfalls. „Hier sind die den Besatzungsmächten verbleibenden Rechte so klar formuliert und die Rechte der Deutschen so stark eingetümpelt, daß wir von deutscher Seite an einem Besatzungsstatut dieser Art längst nicht das Interesse haben, das von uns in der Öffentlichkeit bisher gefördert wurde. Jedenfalls werden wir das Besatzungsstatut in der jetzigen Form auf keinen Fall zusammen mit der Verfassung vom Volke sanktionieren lassen.“

Rheinländern. Hierüber zu entscheiden sei aber ausschließlich eine Angelegenheit der Bewohner der Pfalz. Er würde es nicht für sehr taktvoll halten, wenn man dazu beitragen würde, den Bayern ihre Pfalz abzurufen.

Seine persönliche Meinung über die zukünftige Besatzungsstruktur Südwestdeutschlands umriß Dr. Maier wie folgt: „Die Zonen Grenzen werden, so wie sie jetzt vorhanden sind, in Zukunft fallen. Sie werden bedeutungslos werden, so wie sie auch zwischen der britischen und amerikanischen Zone keine Bedeutung mehr haben. Ich stelle mir vor, daß eine gemeinsame Militärregierung entsteht und daß nur die truppendünne Besatzung verbleibt.“

Der Ministerpräsident sprach sich dann gegen die Beschränkung der Zahl der Abgeordneten für die Verfassungsverammlung aus und sagte: „Ein so kleines Gremium schließt eine Volkswahl aus. Wir können in Württemberg-Baden nicht wegen vier Abgeordneten wählen lassen und so ist es in den anderen Ländern auch. Was die Landtage beschließen, weiß ich allerdings nicht. Die Volkswahlen erfolgen später, weil ja durch die Veränderung der Gebiete neue Landtage gewählt werden müssen. Die Verfassung wird einer Volksabstimmung unterworfen werden und darauf folgen dann neue Parlamentswahlen.“

Über eventuelle Grenzänderungen im norddeutschen Gebiet befragt, sagte Dr. Maier, nach anglo-amerikanischer Auffassung sollten alle westdeutschen Länder, die am Rhein liegen, den Strom überschneiden. Das Rheinland sollte also übergriffen auf ein Gebiet, das östlich des Rheines liegt, Hessen auf ein Gebiet, das westlich des Rheines liegt. In keinem Fall soll der Rhein die Ostgrenze eines Staates sein. Auf französischer Seite dagegen vertritt man mehr die letztere Auffassung.

Den Termin für die Einberufung der Verfassungsverammlung hält Dr. Maier für viel zu kurz bemessen, heißt es aber, daß die Militärregierungen von dem Zeitpunkt des 1. September nicht abzurufen würden.

Bottai kehrt zurück

Rom, 2. Juli (UP). Der 63jährige ehemalige Erziehungsminister Bottai (bekannt durch seine Organisation des sogenannten Korporationswesens unter dem Fascismus, d. Ned.) kehrte am Freitag nach vierjähriger Abwesenheit mit einem britischen Flugzeug nach Rom zurück. Bottai, der von Mussolini zum Tode und später von einem antifaschistischen Gerichtshof zu lebenslänglichem Gefängnis verurteilt worden war, hatte sich vier Jahre lang als französischer Fremdenlegationsverborgen gehalten. Seinem Anwalt war es gelungen, Bottai Amnestierung unter dem Gesetz von 1947 zu erreichen. Bottai ist nunmehr in seine römische Villa zurückgekehrt, wo er als Schriftsteller zu leben gedenkt.

Drei-Millionen-Streik in Italien

Rom, 2. Juli (UP). Der von den italienischen kommunistisch-dominierten Gewerkschaften für Freitag aus Protest gegen verschiedene Maßnahmen der Regierung der Gaspari angelegte Streik hatte programmgemäß begonnen. Etwa drei Millionen Arbeitnehmer nahmen daran teil. Der halbtägige Proteststreik, der bis Mitternacht befristet war, wurde teilweise vormittags, teilweise nachmittags durchgeführt.

Regierungsgruppen erlitten Verluste

Belgrad, 2. Juli (UP). Wie die amtliche jugoslawische Nachrichtenagentur Tanjug berichtet, habe der Rundfunksender der griechischen Aufständischen mitgeteilt, daß die Regierungsgruppen in den schwerm Kämpfen der letzten Tage im Gebiet von Konitsa 1000 Mann an Toten verloren hätten.

Ukrainisches UN-Mitglied gegen USA

New York, 2. Juli (DNA). Der Außenminister der Ukraine, Dimitri Manuilsky, übernahm laut INS am Donnerstag den Vorsitz über den Sicherheitsrat und eröffnete die Debatte über Indonesien mit einem Angriff auf die Politik der USA. Manuilsky beschuldigte die USA und die Kolonialmächte, sie unterdrückten das indonesische Volk, um so seine Rohstoffe und natürlichen Ressourcen weiter kontrollieren zu können. Die Ukraine könne unter diesen Umständen die Arbeit des Völkerrechtsausschusses in Indonesien nicht anerkennen.

Im Unterausschuß des Sicherheitsrates für die Aufnahme neuer Mitglieder wandten sich die Sowjetunion und die Ukraine gegen die Aufnahme Ceylons. Sie begründeten diese Haltung damit, daß noch nicht genügend Informationen über die „demokratische Natur“ Ceylons vorlägen.

Flüchtlinge in Donaukonferenz

Washington, 2. Juli (DNA-OAS). Ein Sprecher des US-Außenministeriums erklärte am Donnerstag, die USA setzten ihre Vorbereitungen für die am 3. Juli in Belgrad angesetzte Zehnmächte-Donau-Konferenz unter der Annahme fort, daß dieses Treffen trotz der Kontroverse zwischen dem Kominform und Jugoslawien stattfinden werde. Das amerikanische Außenministerium hat, wie BBC am Freitag berichtet, der jugoslawischen Regierung den Vorschlag gemacht, sie solle Einladungen für die Konferenz ergehen lassen.

Wiederaufnahme des Pöhlprozesses?

Nürnberg, 2. Juli (DNA). Die drei amerikanischen Richter des am 1. November vorigen Jahres beendeten Pöhlprozesses, Robert M. Toms, Michael A. Mumann und John J. Speight befinden sich, wie Dema hier erfährt, auf dem Rückweg nach Nürnberg. Damit erscheinen die bisher unbestätigten Gerüchte begründet, wonach der Pöhlprozess auf Grund von Einwendungen der Verteidigung hinsichtlich des veränderten Urteils wieder aufgenommen werden soll.

Bankraub in Hamburg

Hamburg, 2. Juli (DNA). Zwei unbekannte Männer drangen hier in einer Bank ein und raubten etwa 12 000 Deutsche Mark, gab die Hamburger Polizei bekannt. Ermittlungen haben bisher ergeben, daß die Täter nach Kassenschluß den Kassenraum betraten und mit vorgehaltener Pistole den Kassierer zwangen, das gesamte Bargeld auszuliefern.

Postsperrung aufgehoben

Frankfurt, 2. Juli (DNA). Die Sperre für Postsendungen aus den Westzonen nach Berlin und in die sowjetische Besatzungszone wurde wieder aufgehoben. Ab sofort können, wie die Verwaltung für Post- und Fernmeldewesen bekanntgab, wieder alle zugelassenen Arten von Postsendungen unbeschränkt aufgegeben werden. Bei der Aufgabe von Paketen wird vorläufig noch Zurückhaltung empfohlen.

Beratungen über Berlin im Weißen Haus

Kolumbien eventuell bereit, den Berliner Fall dem Sicherheitsrat zu unterbreiten

Washington, 2. Juli (DNA). Präsident Truman erörterte die Lage in Berlin am Freitag laut Reuters mit Außenminister Marshall und anderen Mitgliedern der amerikanischen Regierung. Marshall hat dem Kabinett, wie hier mitgeteilt wird, im Verlauf einer einstündigen Sitzung eingehend über die Schritte berichtet, die von den drei Westmächten angesichts der Situation in Berlin unternommen werden sollen.

Wie UP berichtet, erklärte der Delegierte Kolumbiens bei der UN, Botschafter H. U. Arbalace, seine Regierung verfolge aufmerksam die Krise in Berlin und sei eventuell bereit, den Fall dem Sicherheitsrat zu unterbreiten.

Die britische Regierung gab laut INS bekannt, daß die drei Westmächte übereingekommen sind, direkt mit der sowjetischen Regierung hinsichtlich der „verschlechterten Lage in Berlin“ Fühlung zu nehmen.

Der Berliner Magistrat billigte am Freitag auf einer außerordentlichen Sitzung den von der Stadtverordnetenversammlung am Vortag beschlossenen Appell um Hilfe an den Alliierten Kontrollrat und die Regierung der USA, Großbritannien, der UdSSR und Frankreichs.

Die Erklärung des sowjetischen Stabschefs, Oberst Kalinin, daß die Alliierte Kommandantur nicht mehr bestehe und da er sich bei seiner Arbeit auf die Ausschüsse gestützt habe.

Nötig begründete diese Entscheidung mit der Forderung, daß bei den Verhandlungen über die Demontage bei den britischen Stellen immer noch der „Stumpfsinn der Rajonette“ herrsche und jede vernünftige wirtschaftliche Überlegung ausgeschlossen sei. Mit einer rückwärtigen Durchführung der Demontage sei zu rechnen. Nötig erklärte ferner, die am Dienstag mit dem höchsten für die Demontage zuständigen Beamten der britischen Militärregierung, William Koffel, in Besprechungen seien die bisher negativsten aller von ihm geführten Demontageverhandlungen gewesen. Zur Zeit seien in Nordrhein-Westfalen 2000 von ihren Fundamenten abmontierte Maschinen, die von den Bestimmungsländern nicht abgeholt worden seien. Nach den Demontagebestimmungen müßten diese Maschinen eigentlich verschrottet werden. Nötig wandte sich insbesondere gegen die Demontage von Werksanlagen im Werk Düsseldorf der „Gute-Hoffnung-Mitte“ und einer Walzstraße in den Werken des Dortmund-Hörder-Hütten-Vereins. Abschließend erklärte Nötig, die Verwaltung für Wirtschaft unterstütze die Demontageverhandlungen des nordrhein-westfälischen Wirtschaftsministeriums in nicht genügendem Maße.

Demontage-Ausschüsse ohne Deutsche

„Jede vernünftige wirtschaftliche Überlegung ist ausgeschlossen“

Düsseldorf, 2. Juli (DNA). Mit dem Rücktritt der Vertreter der westdeutschen Industrie aus dem gemeinsamen deutsch-englischen Demontageausschüssen ist in den nächsten Tagen zu rechnen, erklärte hier der nordrhein-westfälische Wirtschaftsminister Prof. Dr. Erik Nötling in einer Pressekonferenz. Damit sei nicht nur die Tätigkeit der Demontageausschüsse, sondern auch seine Mitarbeit bei den Demontageverhandlungen beendet.

Die Erklärung des sowjetischen Stabschefs, Oberst Kalinin, daß die Alliierte Kommandantur nicht mehr bestehe und da er sich bei seiner Arbeit auf die Ausschüsse gestützt habe.

Nötig begründete diese Entscheidung mit der Forderung, daß bei den Verhandlungen über die Demontage bei den britischen Stellen immer noch der „Stumpfsinn der Rajonette“ herrsche und jede vernünftige wirtschaftliche Überlegung ausgeschlossen sei. Mit einer rückwärtigen Durchführung der Demontage sei zu rechnen. Nötig erklärte ferner, die am Dienstag mit dem höchsten für die Demontage zuständigen Beamten der britischen Militärregierung, William Koffel, in Besprechungen seien die bisher negativsten aller von ihm geführten Demontageverhandlungen gewesen. Zur Zeit seien in Nordrhein-Westfalen 2000 von ihren Fundamenten abmontierte Maschinen, die von den Bestimmungsländern nicht abgeholt worden seien. Nach den Demontagebestimmungen müßten diese Maschinen eigentlich verschrottet werden. Nötig wandte sich insbesondere gegen die Demontage von Werksanlagen im Werk Düsseldorf der „Gute-Hoffnung-Mitte“ und einer Walzstraße in den Werken des Dortmund-Hörder-Hütten-Vereins. Abschließend erklärte Nötig, die Verwaltung für Wirtschaft unterstütze die Demontageverhandlungen des nordrhein-westfälischen Wirtschaftsministeriums in nicht genügendem Maße.

Die Erklärung des sowjetischen Stabschefs, Oberst Kalinin, daß die Alliierte Kommandantur nicht mehr bestehe und da er sich bei seiner Arbeit auf die Ausschüsse gestützt habe.

Nötig begründete diese Entscheidung mit der Forderung, daß bei den Verhandlungen über die Demontage bei den britischen Stellen immer noch der „Stumpfsinn der Rajonette“ herrsche und jede vernünftige wirtschaftliche Überlegung ausgeschlossen sei. Mit einer rückwärtigen Durchführung der Demontage sei zu rechnen. Nötig erklärte ferner, die am Dienstag mit dem höchsten für die Demontage zuständigen Beamten der britischen Militärregierung, William Koffel, in Besprechungen seien die bisher negativsten aller von ihm geführten Demontageverhandlungen gewesen. Zur Zeit seien in Nordrhein-Westfalen 2000 von ihren Fundamenten abmontierte Maschinen, die von den Bestimmungsländern nicht abgeholt worden seien. Nach den Demontagebestimmungen müßten diese Maschinen eigentlich verschrottet werden. Nötig wandte sich insbesondere gegen die Demontage von Werksanlagen im Werk Düsseldorf der „Gute-Hoffnung-Mitte“ und einer Walzstraße in den Werken des Dortmund-Hörder-Hütten-Vereins. Abschließend erklärte Nötig, die Verwaltung für Wirtschaft unterstütze die Demontageverhandlungen des nordrhein-westfälischen Wirtschaftsministeriums in nicht genügendem Maße.

Sympathie-Erklärungen für Tito

Bulgarien will freundschaftliche Zusammenarbeit aufrecht erhalten

London, 2. Juli (DNA-REUTERS). Das Zentralkomitee der kommunistischen Partei der Sowjetunion hat, wie der Moskauer Rundfunk berichtet, die Beschuldigungen des Kominform gegen die KP Jugoslawiens gebilligt.

13 000 Mitglieder der jugoslawischen Volksfront richteten nach einer Reuters-Meldung ein Telegramm an Stalin mit dem Ersuchen, alles zu tun, was in seiner Macht steht, um die „unbegründeten Anschuldigungen gegen Jugoslawien, die derartige kommunistische Partei und das Zentralkomitee“ wieder rückgängig zu machen. Die Volksfrontmitglieder richteten außerdem ein Telegramm an den Zentralausschuß der Jugoslawischen KP, in dem sie ihr „Vertrauen in den Zentralausschuß unter der Leitung von Marshall Tito“, zum Ausdruck bringen.

Die bulgarische Nachrichtenagentur erklärte, wie Tanjug meldet, die Anschuldigungen des Kominform gegen Jugoslawien hätten nichts an den freundschaftlichen Beziehungen zwischen Bulgarien und Jugoslawien geändert. Die bulgarische Regierung werde ihre Zusammenarbeit mit Jugoslawien ehrlich und im Einklang mit dem gegenseitigen Freundschaftsvertrag fortsetzen. Laut UP erklärte auch das polnische Außenministerium, daß die polnische Außenministerie...

Die bulgarische Nachrichtenagentur erklärte, wie Tanjug meldet, die Anschuldigungen des Kominform gegen Jugoslawien hätten nichts an den freundschaftlichen Beziehungen zwischen Bulgarien und Jugoslawien geändert. Die bulgarische Regierung werde ihre Zusammenarbeit mit Jugoslawien ehrlich und im Einklang mit dem gegenseitigen Freundschaftsvertrag fortsetzen. Laut UP erklärte auch das polnische Außenministerium, daß die polnische Außenministerie...

„Westdeutschland muß auch verkaufen“

Besprechungen zwischen Alliierten und Deutschen über das ERP

Frankfurt, 2. Juli (DNA). Der Sonderbotschafter der Verwaltung für das europäische Hilfsprogramm, W. Aversal Harriman führte hier mit führenden britischen, amerikanischen und deutschen Beamten des Zweizonenwirtschaftsgebietes Besprechungen über die Einhaltung Westdeutschlands in das europäische Wiederaufbauprogramm, denen auch der Staatssekretär im US-Verteidigungsministerium William A. Draper beiwohnte.

Harriman erklärte, da Westdeutschland ein Bestandteil Europas sei, müsse die westdeutsche Produktion mit der der übrigen westeuropäischen Länder abgestimmt werden. Vor allem aber müsse...

Westdeutschland den europäischen Handel gegenüber dem Weltmarkt bevorzugen und nicht nur als Käufer, sondern auch als Verkäufer in Westeuropa in Erscheinung treten. Die Verwirklichung dieses Zieles sei Sache der Deutschen.

Der Direktor der Zweizonenverwaltung für Wirtschaft, Professor Dr. Ludwig Erhard nahm zu den von Harriman kurz umrissenen Aufgaben Stellung und verteidigte die Ansicht, daß der Erfolg der Währungsreform und die Eingliederung Westdeutschlands in das europäische Aufbauprogramm entscheidend von der Erweiterung der deutschen Produktionskapazität abhängen. Dieses Ziel lasse sich nur verwirklichen, wenn die Rohstoffzufuhren wesentlich erhöht und beweglicher als bisher behandelt würden.

Anschließend äußerte Staatssekretär Draper, er sehe mit großem Optimismus in die Zukunft. Dieser Optimismus stütze sich auf folgende Tatsachen:

1. Präsident Truman habe am Mittwoch das Gesetz über das Auslandshilfsprogramm unterzeichnet, das damit rechtskräftig sei. 2. Die Währungsreform in Westdeutschland bedeute einen erheblichen Fortschritt und habe die gesamte Wirtschaftslage verändert. 3. Am Donnerstag seien Maßnahmen eingeleitet worden, die als Vorläufer zu einer repräsentativen deutschen Regierung anzusehen seien.

Auch die Besserung der Weltmarktlage, die erhöhte Kohlenproduktion und die jetzt eingeleiteten Bemühungen um eine Erhöhung der Stahlproduktion hätten zu seinem Optimismus beigetragen.

Graf Bernadotte dringt nicht durch

Negative Beurteilung seiner Friedensvorschläge durch Juden und Araber

Tel Aviv, 2. Juli (DNA). Die israelitische Regierung beschloß laut AFP am Freitag, dem Vermittler der UN, Graf Bernadotte, mitzuteilen, sie sehe keine Möglichkeit, auf Grund der von ihm ausgearbeiteten Vorschläge Friedensverhandlungen zu führen. Unterrichtete Kreise erklären, daß Israel in den Vorschlägen Bernadottes aufgefördert wird, auf gewisse Gebiete in Palästina zu verzichten. Gut unterrichtete Kreise berichten aus Kairo laut Reuters, die arabischen Liga habe die Ausarbeitung ihrer Antwortnote auf die Friedensvorschläge Graf Bernadottes aufgeschoben. Der transjordanische Ministerpräsident hatte am Donnerstag erklärt, die Liga werde die Vorschläge ablehnen, da sie das Wei-

terbestehen eines jüdischen Staates in Palästina vorsehen.

Die britische und die amerikanische Regierung werden, wie in New York laut AFP aus Kreisen, die der britischen UN-Delegation nahestehen, verlautet, nach der Ablehnung der Vorschläge Bernadottes durch die Araber mit allen Mitteln versuchen, Araber und Juden zur Annahme einer Verlängerung des am 3. Juli ablaufenden Waffenstillstandes zu bewegen.

Der syrische UN-Delegierte Faria el Khoury sagte dazu, er würde jede Verlängerung des Waffenstillstandes ablehnen. Nach dessen Ablauf werde der Kampf wieder aufgenommen und bis zum Sieg eines der beiden Gegner andauern.

Die arabischen Liga habe die Ausarbeitung ihrer Antwortnote auf die Friedensvorschläge Graf Bernadottes aufgeschoben. Der transjordanische Ministerpräsident hatte am Donnerstag erklärt, die Liga werde die Vorschläge ablehnen, da sie das Wei-

Welt-Rundschau

NEW YORK (DNA-INS). Frau Eleanor Roosevelt will nicht Vizepräsidentin der Demokraten übersehen. / Gefährte Hughson der Welt auf Long Island in Betrieb genommen. — BRUSSEL (DNA-Reuters). ERP-Akkord zwischen Belgien und USA unterzeichnet. — CLEMONT FERRAND (AP). Strikante Arbeiter der Michels-Edels-Fabrik nehmen Arbeit wieder auf. — ROM (AP). Italienische Truppenverbände haben Überwachung militärischer Operationen und Truppenlager des Landes übernommen. — ATHEN (DNA-INS). Verluste der Gestapo im Gebiet des Griechischen Inselgebietes in zwei Wochen rund 1100 Mann. — BELGRADE (DNA-Reuters). Jugoslawische Stationen mit 1200 Millionen Dollar für Flüchtlinge. — WIEN (AP). ERP-Akkord zwischen Österreich und USA unterzeichnet.

Unruhen in Panama

Panama, 2. Juli (UP). Am Donnerstag brachen in der Stadt Panama schwere Unruhen aus, die sich zu Straßenkämpfen steigerten. Amerikanische Truppen wurde das Betreten der Stadt verboten. Infolge der Unruhen wurden sämtliche Amerikaner in die Kanalzone evakuiert.

Süddeutsche Allgemeine

Lizenz Nr. US-WB 112, Herausgeber und Chefredakteur Felix Richter, Verlag: „Süddeutsche Allgemeine“ Pforzheim, Tel. 200/2022, Druck: Süddeutsche Presse, Karlsruhe.

Einheit von Westen her

W.M. Die Alliierten hatten sich unmittelbar nach Beendigung des Krieges in Potsdam darüber geeinigt, Deutschland als wirtschaftliche Einheit zu betrachten. Nach nunmehr bald dreißigjähriger Praxis hat sich jedoch gezeigt, daß man nicht allein von der wirtschaftlichen, sondern auch von der politischen Einheit weiter denn je entfernt ist. Die Sechsmächte-Konferenz in London legte als Ergebnis die Bildung einer westdeutschen Regierung fest.

Auf diesem Weg wurde nun der erste Schritt zurückgelegt, die Ministerpräsidenten der westdeutschen Länder trafen gemäß dem Londoner Kommuniqué mit den Militärgouverneuren zusammen, um die Vorschläge und Richtlinien der Westregierungen zu einer lockeren, föderalistischen Struktur Westdeutschlands entgegenzunehmen. Der bisherige Verlauf der Besatzungspolitik beantwortet die rhetorische Frage, was die Viermächteverwaltung Deutschlands unternommen hat und damit die Wiederherstellung der deutschen Einheit in Wirklichkeit verhindern will. Wir wollen die Einheit nicht um den Preis einer „vollständigen Herrschaft“ erkaufen.

Die deutsche Einheit, — darüber sollten wir uns klar sein —, wurde nicht durch eine „bedingungslose Übergabe“ liquidiert. Eine Kapitulation ist ein militärischer, kein staatsrechtlicher Begriff. Der gegenwärtige Zustand der Zerrissenheit ist das Ergebnis der Besatzungspolitik. Deutlicher denn je ist das sinnlose und gefährliche einer Konstruktion an den Tag getreten, die im Uebernehmen von Volk ihren Ursprung fand.

Eine neue Verfassung, die nach den Richtlinien der Besatzungsmächte einem westdeutschen Staatgebilde gegeben werden soll, wäre nur eine Art von Besatzungsstatut und selbst wenn ein solches Statut unter Mithilfe deutscher Politiker formuliert wird, kann es nicht rechtlich verbindlich für eine spätere einheitliche Verfassung sein, da die deutschen Rechte nach Äußerungen deutscher Politiker zu stark eingesenkt sind. Das Ziel aller Deutschen kann nur Gesamtdeutschland sein, wenn auch jetzt eine westdeutsche Regierung Wirklichkeit werden soll. Aus diesem Grunde wird sich in Frankfurt keine Zentralregierung oder Nationalversammlung konstituieren.

Die föderalistische Gliederung räumt den Ländern Rechte ein, die von der zu erfolgenden Revision einzelner Landesgesetze nicht unberührt bleiben dürften. Ob mit Grenzveränderungen auch ein Wechsel der jeweiligen Besatzungsmacht verbunden sein wird, wurde bis dato noch nicht bestätigt.

Würde mit etwaigen Grenzberichtigungen gleichzeitig ein Wechsel der Besatzungsmacht verbunden sein, so wären die Auswirkungen für die deutsche Bevölkerung und Verwaltung unbedeutend, da ja praktisch die Trizone durch die erfolgte Währungsreform und Trizonenbesprechungen der Ministerpräsidenten Wirklichkeit geworden ist. Die nach bestehende Zonenengrenze dürfte nur eine zeitbedingte Erscheinung bleiben, bis im Zuge der homogenen Entwicklung in allen Ländern der drei westlichen Besatzungszonen die westdeutsche Regierung sich gebildet hat. Im Übrigen wird der weitere Verlauf der Konferenzen über diesen Punkt Klarheit schaffen. Zu Befürchtungen vor seiten der deutschen Bevölkerung — namentlich in unserem Gebiet — ist gar keine Veranlassung gegeben. In diesen Tagen des allgemeinen Neubeginns ist überlegte Ruhe gerade im politischen Bereich erforderlich. Die Schaffung der Trizone als natürliche Folge einer westdeutschen Regierung wird allen Gerichten, die im Rahmen derartiger Neuregelungen zu kurieren pflegen, jede Grundlage entziehen.

In den kommenden Wochen werden Entscheidungen heranzuführen, die von Bedeutung sind. Alle Versuche einer einheitlichen Lösung sind bisher gescheitert. Das Kommuniqué der Warschauer Konferenz hat die Fronten noch klarer abgegrenzt. Man vergißt allerdings bei der Propagierung der Warschauer Vorschläge zur deutschen Einheit, daß auch das Gebiet östlich der Oder und Neißa zu einem einheitlichen Deutschland gehört. Die deutsche Situation ist in ihrem tragischen Stadium. Gleich einer babylonischen Sprachverwirrung versteht man unter demselben Wort verschiedene Begriffe, je nach östlicher oder westlicher Orientierung. Dieses Dilemma vermag allein ein selbständiges Staatengebilde Westdeutschland auf der Grundlage eines Besatzungsstatuts wenigstens für 40 Millionen Menschen zu besitzeln, nachdem eine Gesamtlösung in drei schweren Jahren nicht gefunden werden konnte. Möge eine westdeutsche Regierung kein endgültiger Zustand sein; die Tür muß offen bleiben, denn hinter ihr warten deutsche Menschen in banger Hoffnung auf die deutsche Einheit, die nur vom Westen her kommen kann.

Vielleicht ein Signal

OFF. Vor einigen Tagen erreichte die Nachricht über den Ausschluß Marshall Titos und der kommunistischen Führer Jugoslawiens aus dem Kominform in der Weltöffentlichkeit großes Aufsehen. Hier offenbart sich die Folge einer Unheiligkeit zwischen den einzelnen kommunistischen Parteien, deren Auswirkungen jedoch noch abgewartet werden müssen.

In seinem Lande besitzt der jugoslawische Diktator in weiten Kreisen der Bevölkerung, besonders unter den Bauern, sehr großes Vertrauen. Er war klug genug, in seiner Politik die Mentalität seiner Landsleute in Rechnung zu stellen, denn nur so konnte er seine Position festigen, allerdings sehr zum Verdruß der anderen Kominformmitglieder. Der Weg Titos müßte nach Ansicht seiner ehemaligen Verbündeten in einem Nationalismus und man bezeichnet ihn als Trotzkisten, was nach sowjetischen Begriffen die schlimmste Bezeichnung für einen Kommunisten darstellt.

Tito, jetzt bei den anderen Kominformstaaten in Ungnade gefallen, verlorfot seiner Stärke, mit der er auch diese Situation zu meistern hofft. Er bleibt Kommunist, das beweist sein Programm für den bevorstehenden KP-Kongreß in Belgrad, in dem er seine kommunistische und antwestliche Einstellung betont. Doch weicht seine kommunistische Einstellung wesentlich von den leninistisch-marxistischen Vorstellungen seiner Ostblockpartner ab, sein Geltungsbedürfnis beansprucht einen Platz, der keinem anderen untergeordnet ist. Damit hat er sich auf einen gefährlichen Pfad begeben, denn das Kominform — einschließlich der Krim — werden wahrscheinlich nicht gewillt sein, im eigenen Haus einen Außenseiter wohnen zu lassen.

Daß es innerhalb der Kominformstaaten nicht so ist, wie es sein sollte, beweist auch die Erklärung der bulgarischen Regierung, nach der diese mit Jugoslawien weiterhin im Einklang mit dem gegenseitigen Freundschaftsvertrag zusammenarbeiten will. Wie dem aber auch sei, die Unstimmigkeiten zwischen Jugoslawien und dem Kominform lassen es möglich erscheinen, daß damit das Signal zu einem Wiederaufleben eines europäischen Denkens im südosteuropäischen Raum gegeben ist. Es wäre vorstellbar, daß der immer mit der westeuropäischen Kultur und Art verbundene Lebensraum der kleineren slawischen Völker versuchen wird, sich wieder von der Beeinflussung des Ostens allmählich zu lösen.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Die Berliner Krise und ihre Auswirkungen auf die Politik der westlichen Alliierten steht im Mittelpunkt der Kommentare der Weltpresse:

THE TIMES Die Londoner Zeitung fordert die unverzügliche Aufnahme von Verhandlungen über die Berliner Frage direkt in Moskau. Das Blatt stellt fest, daß nun die Brücken endgültig abgebrochen sind, obwohl die Westmächte stets versichert haben, gerade diese Brücken intakt zu halten. Die Sowjets haben eine neue Solidarität der Westmächte bezüglich Deutschlands geschaffen. Diese neue Einheit zeigt sich in der gemeinsamen Stellungnahme der Westmächte zu den russischen Bemühungen, die aus Berlin zu vertrieben und zu dem Plan der Einsetzung einer deutschen Regierung.

The Daily Telegraph

Das konservative englische Blatt vertritt die Ansicht, daß Berlin nunmehr zum Prüfstein für die Beziehungen zwischen der freien und der kommunistischen Welt geworden sei. Wenn die freie Welt in Berlin unterliege, dann wäre nach Ansicht der Zeitung die Freiheit in Europa und Asien ernstlich in Frage gestellt, für diese beiden Erdteile würde dies unbedingt das Todesurteil bedeuten.

DAILY HERALD

Das Organ der britischen Labour-Party spricht davon, daß Marshall Sokolowski in seinem Brief an General Sir Brian Robertson die Möglichkeit einer Lockerung der Blockade Berlins angedeutet habe. Dies könne darauf zurückzuführen sein, daß die verantwortlichen sowjetischen Politiker eingeschlossen hätten, ihre Maßnahmen sei ein Bumerang, der sich gegen denjenigen richtet, der ihn geschickt hat. Es habe sich schon jetzt erwiesen, daß die Blockade Berlins den sowjetischen Stellen mehr schadet als den westlichen Alliierten.

TROUW

Die konservative niederländische Zeitung meint zu Berlin: „Entscheidende Worte wurden gesagt: Nur durch Krieg aus Berlin zu drängen, jedoch auch ein wenig sicheres Getöse durch diese Sprache. Das Argument, daß der Kampf, wenn standgehal-

ten wird, auf dem Rücken von zwei Millionen Berlinern ausgetragen wird, wiegt schwerer. Wenn es zu einem Rückzug kommt, verheißt man sich nicht, daß dies ein K.o.-Schlag für den Westen bedeutet. Wenn beschlossen wird, auszuhalten, dann verheißt man sich ebensowenig, daß wir spannenden Tagen entgegensehen.“

DER TAGESSPIEGEL

Die amerikanische Berliner Zeitung versucht, zwischen der Entwicklung in Berlin und Belgrad eine Verbindung zu ziehen. Moskau habe sich zu diesen doppelten Offensiven entschließen müssen, um über eine Rückversicherung zu verfügen, falls das eine Unternehmen scheitern sollte. Zur Lage in Berlin meint die Zeitung, die Wiederherstellung des alten Zustandes würde eine Kapitulation vor den Forderungen Russlands bedeuten. Es gelte nicht mehr einen „modus vivendi“ für Berlin zu finden, weil es ihn nicht geben könne, solange sowjetische Truppen auf deutschem Boden ständen.

LE POPULAIRE

Das sozialistische Pariser Blatt schreibt: „Man soll sich keinen Illusionen über Titos Innenpolitik hingeben. Das Kominform hat als lediglich als diktatorisch und terroristisch gebrandmarkt, weil sie selbst einige sowjetische Agenten nicht verschont hat. Das Urteil des Kominform trifft aber zu. Die Gefängnisse und Konzentrationslager sind gefüllt, sämtliche Freiheiten unterdrückt, die politische Polizei absolute Beherrscherin des Landes.“

The New York Times

Die unabhängige New Yorker Zeitung erklärt: „Die jugoslawische Zurückweisung der Kominform-Erklärung zeigt deutlich, daß Marshall Tito und seine engen Mitarbeiter immer noch Herren ihres Landes und entschlossen sind, ihren eigenen, unabhängigen Kurs zu verfolgen. Ihr Standpunkt stellt eine direkte Herausforderung an die sowjetische KP dar. Mit der jugoslawischen Entwicklung ist eine Entwicklung eingetreten, deren etwaige internationale Auswirkungen noch nicht abgesehen werden können.“

Deutschland-Rundschau

München (SA). Zum neuen Oberbürgermeister von München wurde im zweiten Wahlgang der liberale zweite Bürgermeister, Theodor Wanner (FDP), gewählt. — Die Münchener Betriebsratvereinigungen beschlossen auf ihrer Versammlung am Donnerstag, dem Schwarzen Markt in der Bayerischen Landeshauptstadt, „mit Stempel und Bild“ anzukämpfen. Die Revolutionszeit sei in den Betrieben und auf öffentlichen Plätzen durch Plakate, Lautsprecherwagen und „Schwarzenmarkt-Abwehrwagen“ vor dem Schwarzmarkt gewarnt werden. — Der Arzt der Universität München hat in einem Schreiben an die Bayerische Staatsregierung um die Gewährung von Stipendien für die Bayerischen Hochschulen gebittet. (Dona).

München (SAZ). Von der Direktion der Sächsischen Klassenlotterie wird nun mitgeteilt, daß infolge der Währungsreform die Zeichnungen der 2. und 4. Klasse der 2. Lotterie ausfallen. Die Schlüssellose wird dagegen Ende August ausgezogen mit einem Gewinnplan in Deutscher Mark.

Pfaffenweiler (Dona). In Pfaffenweiler bei Pocking wurde die Gedächtnisfeier im vorigen Jahr erzieltes KI-Thronmalis zerbroschen aufgefunden.

Augsburg (Dona). Die 677 Insassen der Türlagerer Obdachlosen hatten am Mittwoch in die Hungerkette, weil sie kein Kopfgeld ausgehandelt bekommen. Das Lager unterteilt dem Bayerischen Staatsministerium für das Flüchtlingswesen und ist nicht in die Betreuung der IHO eingeschlossen. Nach dem geltenden Bestimmungen erhalten jedoch nur von der IHO erhaltene Anträge die Kopfgelder.

Hamburg (SAZ). Wie wir von der DTG — Deutsche Transport-Gesellschaft — erfahren, werden die Omnibusverkehr der Lohr- und Wiesent nach der räumlichen Zone am Übergang Ludwigshafen-Prabrohl ab 1. Juli wieder aufgenommen. Dort werden auch DM-Bestände in Ostmark und umgekehrt umgewandelt.

Frankfurt (Dona). Der Landesverband der FDP Hessen, August M. Fuler, erlitt am Freitag früh auf der Fahrt von Frankfurt nach Wiesbaden einen Verkehrsunfall. — Malasschoff (SA). In Malasschoff im Landkreis Aachenburg stellten sich am 27. Juni nach Grund von Frei Verpflanzungsarbeiten bei über 10 Personen ein. Ermittlungen der Landespolizei ergaben, daß der Bäckereibesitzer der dieses Brot verkaufte, das ihm von der Knastschaff gebrachte Mehl verwendet hatte, in dem sich Kalkstein befunden haben mußte.

Kassel (Dona). Der erste Vorsitzende des Deutschen Moths in Kassel, Wolf Lück, wurde am Freitag von der Kriminalpolizei verhaftet.

Hannover (Dona). Gegen den Abzug der Kopfgelder von den Spargelbäumen protestierten die Schwärze und Vertreter der Central-Industrial-Gesellschaft AG. Hannover.

Braunschweig (UP). Der amerikanische Tanker „Shoey Fata“ traf mit 14 000 Tonnen Rohöl aus den Vereinigten Staaten ein, die der deutschen Wirtschaft zur Verfügung gestellt werden sollen. Das Rohöl wird nach Hamburg, Bremen und ins Rheinland verschickt werden, um in den dortigen Raffinerien verarbeitet zu werden.

Elegantes Humstümmel im Badischen Staatstheater

Oder: Der Gans der grünen Rosen. / Von Tine de Molina

„Und das Gans hat Christian Büchse abgestaubt und dann eingebüßt“, heißt es in dem witzigen Programmzettel. Donnerlichung, kann man da nur sagen, hat der mit dem Rohrdorf die dreihundert Jahre alten grünen Rosen des weltmännlichen spanischen Klosterpriors geklopft — und die Schauspielerinnen und Schauspieler von 1948 dazu! Sie sprangen, wie von einem unsichtbaren „Knäppel aus dem Sack“ getroffen, rannten, kletterten treppauf, treppab, liefen im Dauerlauf in die Kullissen, aus den Kullissen. Stand einmal einer oder eine still, stampften sie mit den Füßen. Rotierende Hüte, fuchtelnde Florete, Fucht zu kurzen Ausruhen auf dem schmalen Podest eines kleinen Balkons der Mittelbühne — weiß Gott, das hatte Tempo. Da stand ein Einpeilscher dahinter, der seine aufgekämmten Federn, in Freiheit dreschert, hitzig und spritzig leuchten ließ. Aber nicht nur die Leiber rannten. Die Worte, um es ihnen gleich zu tun, schossen wie Forellen in einem Wildbach blitzschnell dahin. Man hatte Mühe, die schönsten mit der Ohrmuschel einzufangen. Die anderen verschwanden im Schaum der Sätze.

Herr „Abstauber“! Zwei Stunden Liebeswitz in solcher Fehrl. Ein Wunder, daß die Spieler das aushalten. Die Liebe heißt es nicht aus. Sie fuchtelte auf den einzigen leeren Platz auf der Galerie und trümmte dort, eingeschlafen, von etwas mehr Ruhe und Frieden in der Treibjagd der Herzen, indem sie die von ihr beauftragte Jägerin d'amour, mit der kochten Feder am Hüften, den schnittigen Laubtröschchen, den entzückten Freund, der im voraus das Bildchen der Jungfernschaft abgeklippt hatte, durch alle Höhlen der Gewissensqual trieb, bis der arme Trottel, der auf eine reichere Heirat ausgewiesen, räumig

in die Kniee bricht und den Gnadenstich erhält, unter dem sich seine stolzen spanischen Hüttenfedern in schalbe Plumpfüßchen verwandelt. Sie hatte ihn fertig gemacht, diese Donna Juanita Ruth Wolber, anmutig, schlank, mehr Intellekt als Gefühl, kluge, bewußte Wortfechterin, artistisch in Spiel und Sprache, immer auf Draht, fast marionettenhaft in ihrer Kühn. Sie war die ideale Vertreterin der Rolle, wenn der Regisseur das lustige Nichts von einem Stück so anpackte. Gleich heftig aufgezogenen Spielzeugen schurrierten seine Figuren elegant lärmend ab. Knallfekt zum Bechdiß das bunte Plüschbündel des Dienerslöwen, der urgesunde Wolfgang Gollisch, als Getriebschwärmer mit einem Kranz weißer Kirchenlichter auf der Krönung des Strohhutes, den Leib rings mit bunten Votivtafeln behängt. Der von Literaten, Dichtern, Moralisten, Journalisten so oft von dem Brettern verbannte Hanswurst, der unsterbliche, war im vollen Ornat erschienen und stieg, aber geborte hier der Sieg nicht der Donna Juanita! Und — kleine Zwischenfrage — sollte man in unserer so maßlos aufgeregten Zeit nicht im Theater ein Maß anstreben, das wenigstens im Heteren die Waage zwischen Aufputzen und Besänftigen im Gleichgewicht hält?

Man selber hatte reinere Freude am Anblick des Szenenbildes von Heinz Gerhart Zircher — es verwandelte sich nicht, die Bühne blieb immer offen — weil es natv, einfach und doch in seinem Schneeweiß mit dem schwarzen Netzkülvorbang raffiniert gebaut war. Ein Wohlgefallen dem Auge noch die Kostüme, die er geschneidert, ein Wohlgefallen mancher Weibschä, das darinn

steckte. So das blaue Glockenblumenkleid der Donna Ines mit der Spielerin Margreth Meyer-Abich, der gelbe Glockenblumenrock der Donna Clara mit Ruth Fischer, das feuerleuchtrote Gewand der Dona Juana, wenn sie gerade keine grünen Rosen anhatte. Nicht minder apart im Dreß der ungetrübte Liebhaber, der Figur nach erster Heide, seine Rolle auf Gehalt in güldene Fetzen zerreißen, sauber hinstehend durch das Gehege der Worte. Er heißt Hans Ernst Jäger (was er, der Statistika, sonst noch kann, ist die Rolle nicht schön). Als Diener machte Karl Arnold in seiner leidet zu kurzen Rolle einen tadellosten Überschlag nach hinten. In der Hitze der Wortfechte sehr willkommen, das gutgeschnittene, ruhige Schauspielergesicht Alfons Kiesbles, der vor Wochen die kleine Rolle des Nebenpielers in Dantons Tod so gut gesprochen; nun der Don Pedro, ohne Hatz, ganz Würde und behaglicher Edelmann. Den Beuch, die Dumtheit und die Glätze des Don Alfonso trug Werner Nippen mit einfüßiger Gelassenheit. Daß er die schöne Ines dennoch kriegte, war geradezu ein Trauerspiel für alle Männer im Theater.

Aus einer kleinen Fensterische der ersten Seitenkulle schob sich bei jedem Aktanfang die Waldschermaske Christiana Lennebachs, der die Vorsprache aufgabte, die weit weniger artig und witzig waren als sein roter wilder Vollbart und die verheißungsvolle Schnapenase. Das Publikum, das ohne Pause zwei Stunden regungslos in dem großen, hundertfüßigen Lärm dagesessen, brach, unter der Suggestion des Geschehens und Gehörten, in Befallstritte aus, und als der Regisseur, lang, blaß, mit einem guten, klugen Gesicht in seiner Spielweise aufsuchte, steigerte sich der Beifall zu lauten Zurufen.

Ein Junger Nachbar in der Student, unbefangene, im Krieg und in Kriegsö-

ten reif geworden, hatte zu Beginn des Spiels viel gelacht und sich manchmal vergnügt auf die Schenkel geschlagen; aber dann wurde er ganz still. Als wir draußen auf der Straße waren, meinte er: „Ich hätte den Lärm im Verbalnis von 161 zusammengelegt!“ Die Jugend ist halt radikal. Man selber hätte sich mit 163 begnügt.

Das Stück wurde von Johannes von Günther übersetzt. Die Musik dazu machte Karl Suka, Moritz Winter dirigierte, Leo Weingärtner sorgte, sicherlich schweißtreibend, hinter der Bühne, daß alles klappte. Max Geismeyer.

Existentialismus

Der Existentialismus steht nicht in keinem Logikon verredmet, obwohl er so alt ist wie das Denken. Ein neuer Name also für eine uralte Sache.

Man sagt statt Existentialismus auch Existenzphilosophie und erwirkt dadurch den Eindruck, als handele es sich um eine philosophische Schule und als brauche der, der über Existentialismus Bescheid wissen will, nur von einer Anzahl von Grundbegriffen und daraus abgeleiteten Folgerungen Kenntnis zu nehmen. Wirkbegriffe, die andere philosophische Richtungen schon kennen, bitten Redaktionen, sie kurz und bündig zu informieren.

Die Wortklärung scheint leicht genug. Wie der Materialismus zum Element seines systematischen Philosophierens die Materie nimmt, so der Existentialismus die Existenz. Aber hier ist schon eine Schwierigkeit: denn während jedermann versteht, was mit dem Wort Materie gemeint ist, spricht der Existentialismus in anderem Sinn von Existenz als es das alltägliche Reden tut.

Der erste, der in diesem anderen Sinne von Existenz sprach, war der Däne Sören Kierkegaard (er starb 1856). Wenn er verlangte, schies Philosophieren müsse stets

Zum Deutschlandproblem nehmen führenden Zeitungen der Benelux-Staaten und der Schweiz wie folgt Stellung:

DE TIJD

Das bekannte holländische Blatt schreibt: „Angesichts des Überwiegenden Einflusses und der diktatorischen Art, wie in verschiedenen osteuropäischen Staaten die Demokratie behandelt wird, kann man erwarten, daß der Ostblock eher eine politische Realität von Bedeutung sein wird als der Westblock. Denn der demokratische Westen zeigt noch immer sehr starke Meinungsverschiedenheiten. Die westeuropäischen Staaten stellen sich vor allem gegen einen zu großen amerikanischen Einfluß auf dem Kontinent, und — da sie alle Ursache haben, mißtraulich gegen das deutsche Volk zu bleiben, können sie die neue Lösung Westdeutschland nur als das kleinere von zwei Übeln ansehen.“

DE NIEUWE GIDS

„Entscheidender Bruch“, so überschreibt die belgische Zeitung ihren Leitartikel, in dem sie unter anderem sagt: „Vor zwei Jahren erschien in Deutschland ein helmisches Pamphlet, in dem von der „Rache der Toten“ die Rede war. Der Schreiber betonte, daß die Deutschen vielleicht eher als sie vermuteten, die Chance haben sollten zu wählen „zwischen Großbritannien und Rußland. Das die einzige wirkliche Macht in Kurzen ist.“ Die Ereignisse der letzten zwei Jahre haben sich in einer Richtung entwickelt, die auf verbitternde Art an das oben vorausgesagte Dilemma erinnert.“

DE WELTWOEKE

Die unabhängige Zürcher Zeitung befaßt sich mit der Stellung Deutschlands zwischen den Mächten und schreibt u. a. l. „Daß in dem Weltlauf um Deutschland die Sowjetunion einen gewaltigen Vorsprung hat. Nur um die Ostzone mit ihrem Zentralismus, ihrer totalitären Ideologie, könne sich wieder ein deutscher Einheitsstaat bilden, nicht dagegen um die Westzone mit ihrem Partikularismus, ihren ungleichartigen ausländischen Einflüssen, ihrer parlamentarischen Kollisions und ihrem Recht an Bürgerlichkeit. ... Als Nahrung für den Antiparlamentarismus, seinem Bedürfnis nach Mythen, nach blinder Unterordnung, nach Großtun, habe Rußland mehr zu geben, als man im Westen gewöhnlich einsieht.“

Das Verhalten der westlichen Politiker und der Bevölkerung Westeuropas, vor allem im Hinblick auf die Vorgänge in Italien, unterliegt die Schweizer Presse einer scharfen Kritik:

National-Zeitung

Das Basler Blatt nennt die gemeinsame Grundlinie die „Bequemlichkeit des Anti“ und führt dann fort: „Man sei antikommunistisch, um die westliche Demokratie zu verteidigen. Aber die Bequemlichkeit bestehe darin, daß man sich mit dieser Anti-Haltung begnügt, ohne sich allzu sehr darum zu sorgen, was mit der Demokratie, die man verteidigen will, geschieht. Diese Bequemlichkeit des „Anti“ komme vor allem darin zum Ausdruck, daß man sich erst dann zu einer Aktion aufrafft, — wie zur Zeit der italienischen Wahlen — wenn man sich unmittelbar bedroht sieht.“

Neue Zürcher Zeitung

Der römische Korrespondent der bekannten Schweizer Zeitung kommentiert den Kurs der italienischen Kommunisten und stellt die Frage: „Soll nun auch den italienischen Kommunisten, die in einer völlig anderen Situation stehen, befohlen werden, nur „reinen Lehre“ in diesem Falle also aus dem Status einer von Partnern umgebenen Massenpartei zur autonomen Kaderformation und zur Tätigkeit am Rande der Legalität zurückkehren?“

davon Kenntnis nehmen, daß der Philosophierende als ein einzelner, als Ich, als „Subjektivität“ existiere, so war das gegen sich Philosophieren gerichtet, das von diesem Kritiker abgelehrt. Als ein solches „abstraktes“ Philosophieren verwarf Kierkegaard das Hegelsche.

Daß Kierkegaard sich irrt, wenn er meinte, Hegel denke in seiner Philosophie den Philosophierenden nicht mit, kompliziert die Sache, aber nur für den Historiker. Denn trotzdem bleibt es wahr, daß es sich um abstraktes Philosophieren gegeben hat und gibt. Es findet überall da statt, wo eine Folge von Gedanken, eine „Weltanschauung“, entworfen wird, aus der der Denkende selbst draußen bleibt wie der Astronom aus dem Himmelbild der astronomischen Wissenschaft. Jedes Philosophieren, das sich die Wissenschaft von bestimmten Objekten (die Astronomie, die Physik, die Chemie, die Anatomie) zum Muster nimmt, ist abstraktes, nicht — existentielles Philosophieren.

Dieser an den klassischen Naturwissenschaften orientierte Stil des Philosophierens kam zur Vorherrschhaft, als Kierkegaard starb. Er versteht sich noch heute für viele von selbst; zum Beispiel für die Marxisten. Ihre Philosophie, die sie selbst als Wissenschaft annehmen, beschreiben, ist von Friedrich Engels entworfen, und Engels folgte in allem der nicht existentiellen Denkweise der meisten Denker seit 1848, der Positivisten, der Materialisten, der Realisten.

Bei der vatikanischen Konferenz über Existentialismus wurde gesagt, alle großen christlichen Denker, Augustinus zum Beispiel und Thomas von Aquino, seien bereits Existentialisten gewesen. (Auch Kierkegaard war ja ein christlicher Philosophierender.) In der Tat ist die Sache sehr viel älter als das Wort, sie ist so alt wie das Philosophieren.

David Jaegerman.

Was gibt's auf unsere Punkte?

Seit wir unsere neue Lebensmittelkarte und damit unser Punktkärtchen im Hause haben, ist nun die Frage akut geworden, was wir denn für diese zwanzig Punkte eigentlich erhalten und wieviel wir davon „opfern“ müssen für das reizende Kleid, das uns schon seit langem ins Auge sticht, oder auch für ein neues Bettuch, das wir so dringend brauchen. Reichen sie überhaupt aus oder müssen wir „zusammenlegen“? Schauen wir doch am besten mal in die Punktliste:

Herrenkleidung: Anzug 115 Punkte, Wintermantel 153, Kopfbedeckung 6, Oberhemd 22, Unterhosen lang 12, Taschentuch 2.

Damenkleidung: Sommerkleid 20, Sommermantel 75, Winterkleid 35, Wintermantel 105, Bluse 10, Trägerschürze 12, Kleiderschürze 28, Strümpfe 4, Damenhemd 6, Schlüpfer 6, Büstenhalter 3, Hüfthalter 10.

Knabenkleidung: Anzug 56, Wintermantel 75, Übergangsmantel 58, Pullover ohne Arm 11, Taghemd 15, Strümpfe 3, Unterhosen 8.

Mädchenkleidung: Sommerkleid 13, Sommermantel 50, Winterkleid 24, Wintermantel 70, Pullover ohne Arm 11, Strümpfe 3, Hemd 7, Schlüpfer 4, Arbeitsanzug 44 Punkte.

Hauswäsche, Tischwäsche und Bettensubehör: Bettlaken 150x230 cm 25 Punkte, Bettuch 80x100 cm 9, Deckbett- und Bettbezug 130x200 cm 54, Deckbettbezug 80x100cm 17, Plümbetug 130x130 cm 35, Kopfkissenbezug 80x80 cm 14, Kopfkisseninlett 80x80cm 16, Kopfkisseninlett 40x60 cm 6, Deckbett und Oberbett (Inlett) 130x200 cm 65, Schlafdecke 90, Matratze 100, Handtuch 50x100 cm 6, Frotteierhandtuch 50x100 cm 7, Geschirrtuch und Gläseruch 60x60 cm 3, Tischuch und Kaffeedecke je qm 11 Punkte.

Und nun „frisch ans Werk“ — aber mit Bedacht!

Wie wird der Sommer?

Wenn sich auch die komplizierten Zusammenhänge im Wettergeschehen, besonders im Hinblick auf den Wetterablauf während ganzer Monate oder Jahreszeiten bisher nur zu einem kleinen Teil durchschauen lassen, und zuverlässige Prognosen über die zu erwartende Witterung für solche lange Zeiträume im allgemeinen noch nicht gegeben werden können, so gibt es doch hin und wieder Fälle, in denen Vorhersagen möglich sind. Beispielsweise folgt einem Juni, dessen erste Hälfte erheblich zu warm ist, mit ziemlich großer Wahrscheinlichkeit (das heißt mit nur wenigen Ausnahmen) ein niederschlagsreicher Hochsommer. Ferner pflegen sich nach Überscheren des Sommerhochstandes, also etwa ab Ende Juni, keine größeren Umstellungen des allgemeinen Witterungscharakters während des Sommers mehr einzustellen, so daß unbedingtes und regelmäßiges Wetter in den letzten Tagen des Juni auf einen ähnlichen Ablauf des Wetters im Hochsommer schließen läßt (Siebenstücker-Regel). Beides trifft heute zu.

Es spricht also manches dafür, daß der kommende Hochsommer überdurchschnittliche Niederschlagsmengen aufweisen und während dieser Zeit unbeständiges, nur mäßig warmes Wetter vorherrschen wird. Trotzdem ist natürlich auch möglich, daß uns das Wetter heuer ein Schnippen schlägt und der Sommer 1948 gerade die Ausnahme zu diesen beiden Regeln darstellt. Demnach muß im Hinblick auf die oben erwähnten Anzeichen für die vermutliche Weiterentwicklung, die also keinen neuen Dürrewinter erwarten lassen, empfohlen werden, in der kommenden Entschluß- und erkennbare niederschlagsreiche Zeitalten auszunutzen. A.W.

Kinderhilfe der SAZ:

ZEHN FROHE FERIE-TAGE

Die Währungsreform hat auch die bescheidensten Ferienpläne zerrissen. Wir Erwachsenen wissen, daß zunächst einmal Arbeit und wieder nur Arbeit allem anderen vorgeht. Aber die Kinder, gerade jene, die Erholung so bitter nötig gehabt hätten, begriffen die Schwere der Zeit nicht. Sie leiden nur darunter, obwohl sie unschuldig sind an dem, was heute ist, und was vorher war.

Sollen diese Kinder nun auch noch die wenigen Ferien-Wochen in der freudlosen, grauen Umgebung der Trümmer und Ruinen verbringen, da wo jeder Windzug Staubwolken aufwirbelt und unzählige Gefahren für die ohnedies schwächliche Gesundheit lauern?

Wir wissen, daß diese Sorge vielen Eltern gerade jetzt in den Tagen des Übergangs doppelt schwer wird. Die Not ist zu groß, um gehoben zu werden. Aber gelindert kann sie werden, wenn alle, die auch jetzt noch helfen können und wollen, zusammenwirken.

Die „SÜDDEUTSCHE ALLGEMEINE“ hat sich daher entschlossen, einen Ruf an die Landbevölkerung von Württemberg-Baden zu richten: Helft den Kindern der Städte! Wir suchen Ferienplätze für Schulkinder im Alter von 7-12 Jahren für die Dauer von jeweils zehn Tagen während der Ferienwochen, also zwischen dem 21. Juli und dem 31. August. Die SAZ ist bereit, da wo eine kostenlose Unterbringung nicht möglich ist, einen Beitrag zur Deckung der Unkosten in Höhe von 1,- DM pro Kind und Tag beizusteuern. Darüber hinaus übernimmt die SAZ in allen Fällen den Hin- und Rücktransport der Kinder, die außerdem sämtliche unfall- und haftpflichtversichert werden.

Die Auswahl der Kinder, denen mit dieser Aktion geholfen werden soll, wird unter beratender Mitwirkung zuständiger Institutionen und Persönlichkeiten vorgenommen werden.

Wir wissen, daß auch draußen auf dem Land die Folgen der Währungsreform ungewöhnliche Schwierigkeiten hervorgerufen haben. Trotzdem aber hoffen wir, Menschen zu finden, welche mit

gutem Willen die bescheidenen Ansprüche eines Kindes erfüllen können. Wer also ist bereit, ein oder vielleicht sogar zwei oder mehr Kinder auf dem Lande in seiner Familie aufzunehmen? Wer meldet sich von unseren Eltern, dem Hofbesitzern, dem Pächtern, den Eigentümern von Gütern? Wer ist bereit, tätiges Christentum auszuüben in der Erkenntnis, daß die große Not, die gerade jetzt die weniger Bemittelten trifft, heute mehr als je alle Deutschen zusammenschweißen muß, um ohne Rücksicht auf Parteien und Konfessionen, ganz im urchristlichen Sinne zu helfen?

Wer begriffen hat, um was es bei diesem Aufruf geht, und bereit ist, uns durch gütliche Aufnahme eines Kindes zu unterstützen, den bitten wir, die unten vorgedruckte Einladung auszuschnneiden, gut lesbar auszufüllen und sie Drucksache an die SAZ, Karlsruher Neue Zeitung, Waldstraße 28, einzusenden. Wo die 4 Pfennige Porto gerade nicht zur Hand sind, schicken Sie den Ausschnitt unfrankiert, wir bezahlen die Postgebühren.

Jede Einladung wird von einem Mitglied unseres Hauses im einzelnen bearbeitet werden, um irgendwelche Wünsche, insbesondere die Frage, ob Junge oder Mädchen, und die des Alters, zu berücksichtigen.

Wir behalten uns vor, besonders schöne Beispiele von Hilfsbereitschaft und Menschlichkeit der Öffentlichkeit bekanntzugeben, soweit die Wohltäter nicht ausdrücklich ungenannt bleiben wollen.

Kinder-Hilfe der SAZ: „Zehn frohe Ferien-Tage“
An die SÜDDEUTSCHE ALLGEMEINE Karlsruher Neue Zeitung Karlsruhe, Waldstr. 28
EINLADUNG
Ich bin bereit ... Kind ... für die Dauer von zehn Tagen, und zwar vom ... bis ... kostenlos / gegen die Vergütung von 1 Deutschen Mark pro Tag und Kind bei mir aufzunehmen.
Name: ... Vorname: ...
Genauere Anschrift: ...

Kleine Karlsruher Chronik

Vorsicht beim Einkauf von Pilzen
Wir wir von amtlicher Seite erfahren, werden die Pilze, die in der Markthalle zum Verkauf kommen, nicht amtlich untersucht. Wir machen daher die Bevölkerung darauf aufmerksam, daß der Einkauf von Pilzen in der Markthalle auf eigene Gefahr der Käufer geschieht.

Die SAZ gratuliert. Die Firma I. G. Steinwarz, Heizung, Lüftung, Kühlung, feiert am 3. Juli ihr 85-jähriges Geschäftsjubiläum.

„Währungsreform im Westen und Osten Deutschlands“. Dazu nimmt die Kommunistische Partei in einer Reihe öffentlicher Versammlungen mit freier Aussprache Stellung: Freitag, 2. Juli, 20.00 Uhr, im „Zielerstr.“; Redner: Stadtrat F. K. H. Dietz; Samstag, 3. Juli, 19.30 Uhr, Kantinensaal der Firma Hald & Neu; Redner: Bürgermeister A. D. B. Riedinger; Sonntag, 3. Juli, 20.00 Uhr, „Kleiner Festhalla“ in Durlach; Redner: Landtagsabgeordneter R. Klausmann; Samstag, 3. Juli, 20.30 Uhr, „Schwanen“ in Knödingen; Redner: Stadtrat F. K. H. Dietz; Sonntag, 4. Juli, 20.00 Uhr, in der „Sonne“ in Daxlanden; Redner: Stadtrat F. K. H. Dietz; Freitag, 3. Juli, (Jugendversammlung) im „Weißen Berg“, 20.00 Uhr; Redner: W. Wartmann; Samstag, 10. Juli, 20.00 Uhr, im „Speisensaal der Karlsruher Lebensversicherung“; Redner: Landtagsabgeordneter R. Klausmann.

Die Frau im öffentlichen Leben

Dieser Tage fand in Heidelberg, einer Einladung amerikanischer Frauen folgend, eine Zusammenkunft von Amerikanerinnen mit Vertreterinnen von Heidelberger und Karlsruher Frauenvereinigungen statt. Rednerin des Abends war Mrs. Woodhouse, Beraterin von General Clay in Frauenangelegenheiten und Abgeordnete des Staates Connecticut. Sie sprach über „Die Rolle der Frau im öffentlichen Leben“ und rief die Frauen zu stärkerer Beteiligung und regerem Einsatz bei den Fragen des Allgemeinwohls auf. Wie die Frauen gerade auch in Deutschland sich mit aller Kraft während der großen Schwierigkeiten der letzten Jahre eingesetzt hätten für die Familie und deren Erhaltung, so sei es ihre Aufgabe, nun auch über diese erste Grundlage aller staatlichen Ordnung hinaus tätig zu werden für die Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten, die doch wieder auf die Familie und die Lebenshaltung jedes einzelnen zurückwirken. Die Möglichkeit dazu sei den Frauen mit dem Wahlrecht gegeben. In wesentlich vermehrtem Maße als bisher müßten befähigte Frauen auch in gehobenen Stellen arbeiten. Schon jetzt wirkten bei den Vereinten Nationen, von Mrs. Roosevelt angefangen, zahlreiche Frauen mit beim Aufbau der kommenden Welt und suchten ihren Einfluß geltend zu machen, damit diese so eingerichtet werde, wie Frauen dies wünschen für das Wohl ihrer Kinder. Alles Werk in der Welt sei auch Frauenwerk und die ganze Welt Heimat. — Die Vorsitzende des Heidelberger Frauenvereins, Frau Dr. Falkenberg, gab dem Dank der deutschen Frauen Ausdruck, daß mit diesem Treffen eine Verbindung hergestellt wurde, die von dem vereinten Streben nach einem gemeinsamen Ziel getragen ist.

Versammlungstermine der Parteien

- SPD, Mitglieder-Vollversammlung: 1. 7., 19.30 Uhr, „Studentenhaus“, Ref.: Dr. Velt; Kreiskonferenz: 4. 7., 8.00 Uhr, „Elfenstein“; Vertreter-Versammlung: 5. 7., 19.30 Uhr, „KLV“.
KPD, Ortsrat: 1. 7., 19.30 Uhr, Kantinensaal der Fa. Hald & Neu, öffentl. Versammlung; Ref.: Klausmann; Knödingen: 1. 7., 20.00 Uhr, „Schwanen“, öffentliche Vers.; Ref.: Dietz; Daxlanden: 4. 7., 20.00 Uhr, „Sonne“, öffentl. Vers.; Ref.: Dietz; Polizeisitzungen der Ortsgruppen: 5. 7., 19.00 Uhr, Parteilbüro; Schulungskurs, Betriebs- und Gewerkschaftsfragen: 6. 7., 19.00 Uhr, Parteilbüro; Grünwinkel: 6. 7., 19.30 Uhr, „Lokalbahnhof“, Mitgliedervers.; Knödingen: 7. 7., 20.00 Uhr, „Rose“, Mitgliedervers.; Bulach: 7. 7., 20.00 Uhr, „Krone“, Mitgliedervers.; Büppurr: 7. 7., 20.00 Uhr, „Kaiser-Friedrich“, Mitgliedervers.; Innen-West: 8. 7., 20.00 Uhr, „Blumenfeld“, Mitgliedervers.; Südstadt: 8. 7., 20.00 Uhr, „Auserhaus“, Mitgliedervers.; Innen-West: 8. 7., 19.30 Uhr, Leopoldschule, Schulungsabend; Jugendaktiv: 8. 7., 20.00 Uhr, „Weißen Berg“, öffentliche Jugendversammlung; Ref.: Wartmann; Weststadt: 10. 7., 20.00 Uhr, „KLV“, öffentliche Vers.; Ref.: Klausmann.

Lebensmittelkarten - en gros und en detail

Vor der Großen Strafkammer des Landgerichts Karlsruhe (Vorsitzender Dr. Roth) erstattete am vergangenen Mittwoch die Robert omnibus „Firma Krupspe alias Baldow, Lebensmittelkarten en gros und en detail“ ihren abschließenden Geschäftsbericht. An Hand umfangreichen Zahlenmaterials hatte die Staatsanwaltschaft bereits eine bis ins einzelne gehende Schilderung aufgestellt. Neun Angehörige der stark dezentralisierten und doch gut funktionierenden Absatzorganisation saßen auf der Anklagebank. Der überfüllte Zuhörerraum ließ gewisse Schlüsse auf die Popularität des Unternehmens zu.

Mit elf in Husum und Flensburg erschwindelten und teilweise als Geheben erhaltenen Wandersonnenkarten, auf die er schon in Südschweden-Holstein laufend Lebensmittelkarten bezog, begann der Hauptangeklagte Krupspe im Jahre 1946 sein Geschäft. Als ihm seine Existenzgrundlage durch die Polizei überfahren schien, stiedelte er nach Karlsruhe über, verschaffte sich den falschen Namen Henry Baldow, Schriftführer, neue Papiere und setzte den Bezug der Lebensmittelkarten in dem, bisherigen „bestehenden“ Umfang auch hier fort. Die relativ leicht erzielbaren Anfangserfolge ließen einen weiteren Ausbau des Unternehmens zum Gebot der Stunde werden. So fertigte Krupspe mit seinem Komplizen seit zunächst 80 Wandersonnenkarten in eigener Werkstatt an. Eine Schreibmaschine und einige unvoll-

ständige Stempel genügte hierzu als Hilfsmittel vollst. Der jetzt beträchtlich erhöhte „Warenanfall“ machte die Hinruestellung weiterer „Hilfskräfte“ erforderlich.

Zur Übernahme der Absatzorganisation, schon durch ihren Beruf am geeignetsten, erschien das Servierfräulein Herta Schöblich. Obwohl sie bei einem monatlichen Einkommen von 200 bis 500 Mark einen dergleichen Nebenverdienst an sich nicht nötig gehabt hätte, bezog sie schon vorher von Krupspe verschiedene Lebensmittelmarken und setzte diese mit Gewinn wieder ab. Nun sollte sie natürlich auch am Großgeschäft beteiligt werden.

Die erste größere Transaktion endete mit einem Verlust von 2000 RM. Der Angeklagte Grimh hatte sich auf dem Weg zu den Kleinverteilern, Wiesland, von einem Kriminalbeamten verfolgt gefühlt und die 10 teuren Lebensmittelkarten einfach weggeworfen.

Um nicht in Konkurs zu gehen, war man gezwungen, die Zahl der falschen Wandersonnenkarten auf 107 zu erhöhen, mit deren Hilfe sich sowohl Normalverbraucher als auch Schwerarbeiterkarten beziehen ließen. Waren auch die Papiere als Fälschungen nicht gerade von besonderer Qualität, so gelang es Krupspe doch, bei den Behörden vereinzelt aufkommende Bedenken durch sein Auftreten zu zerstreuen.

Der Bezug von insgesamt 730 Normalverbraucher- und 777 Schwerarbeiter-

karten gingen in der Folgezeit reibungslos vorstatten. Die beim Verkauf erzielten Gewinne bewegten sich zwischen rund 100000 RM für Krupspe, 14000 RM für die Schöblich und den bescheidenen Einkommen der beiden Leitvertreter Wieland von jeweils rund 5000 RM.

Mit steigendem Verdienst wuchs natürlich auch der Lebensstandard der einzelnen Beteiligten. Krupspe trank wöchentlich 10 Flaschen Cognac, die Flasche zu 300 RM. Die vielen deutschen Zigaretten, die ihm als Inhaber zahlreicher Raucherkarten zur Verfügung standen, tauschte er gegen amerikanische. Präzisen Schöblich kaufte sich nur was man so eben braucht, wie Kaffee, Tee, Schokolade und monatlich eine Stange Amizigaretten.

Eine anonyme Anzeige machte im Februar dieses Jahres dem Treiben der Angeklagten ein Ende. Etwas 200 Zentner Brot, über 30 Etr. Nahrungsmittel, mehr als 10 Ztr. Fleisch und rund 4 Ztr. Fett waren durch diese Geschäfte inzwischen der Bewirtschaftung entzogen worden.

Entsprechend empfindlich mußten auch die von der Strafkammer gegen die einzelnen Angeklagten ausgesprochenen Strafen ausfallen. Walter Krupspe erhielt wegen mehreren Urkundenfälschungen, mittelbaren Falschbeurkundungen und zahllosen Verbrechen und Vergehen gegen die Kriegswirtschafts- und Verbraucherschutzgesetze eine Freiheitsstrafe von 3 Jahren und 1000 DM Geldstrafe.

Die bisherige Straflosigkeit der Angeklagten Schöblich, ihre Geständnisse und der Umstand, daß sie immerhin als die Verfälschte gelten konnte, bewahrten sie vor dem Zuchthaus. Eine Gefängnisstrafe von 2 Jahren und 6 Monaten und eine Geldstrafe von 500 DM erdienten dem Gericht in diesem Falle als ausreichende Sühne.

Die Strafen für die übrigen Angeklagten liegen je nach dem Grad der Beteiligung und dem erzielten Gewinn zwischen vier Monaten und zwei Jahren Gefängnis. Außerdem wurden Geldstrafen zwischen 600 DM und 100 DM ausgesprochen.

Helft den Karlsruher Studenten!

Oberrürgermeister Töpfer erlät — wie wir gestern schon berichteten — folgenden Aufruf:

Die Studierenden der Karlsruher Hochschulen befinden sich nach der Währungsreform in einer äußerst schwierigen Lage. Ich richte daher an die Karlsruher Bevölkerung und ihre so oft bewährte Mithilftigkeit die herzlichste Bitte, die Karlsruher Studierenden durch Gewährung von Freitischen (z. B. Mittagessen in der Mensa wöchentlich DM 4,30, Abendessen DM 1,50), bei Abgabe von Lebensmittelmarken oder Übernahme von Patenschaften während der Übergangszeit zu unterstützen! Wohnungsinhaber, die Studenten als Untermieter haben, können helfen durch freiwillige Ermäßigung der Miete oder durch Stundung derselben. Firmen und Betriebe bitte ich, Werkplätze für die Studenten zu schaffen, um diesen Gelegenheit zu geben, sich ihr Studium und ihren Lebensunterhalt zu verdienen.

Karlsruher Hilfe für die Studenten ist dringlich gebeten! Laßt meine Bitte nicht ungehört! Auch wenn ihr selbst mit den schwierigsten Verhältnissen zu

kämpfen habt, helft denen, die jetzt einer Hilfe bedürfen!

Anmeldungen bitte ich an den Allgemeinen Studenten-Ausschuß an der Technischen Hochschule Karlsruhe, Studentenhaus, Parkring 7, Telefon Nr. 2647, zu richten.

Die Straßenbahn befördert im Monat 344 920 327 Personen gegenüber 7 804 863 im gleichen Monat des Vorjahres. Auf die einzelnen Fahrtausweise entfallen: Jahreskarten 24 300; Monatskarten 4 933 123; Wochenkarten 45 488; Fahrscheine 1 332 123; Einzelfahrweise zu 6,30 RM 1 332 671; Einzelfahrweise zu 6,00 RM 27 832; Fahrscheine zu 1,00 RM 217 048; Fahrscheine zu 0,50 RM 217 048; Fahrscheine zu 0,25 RM 28 842; zu 0,50 RM 13 223; Altbahnhöfendruckweg 2148. Außerdem wurden im Berichtmonat 89 184 Außengänge der Besatzungsgruppen befördert.

Verantwortlicher Lokalredakteur: Helmut Haug; Karlsruher Redaktion: Waldstr. 28, Tel. 823 923; Anzeigenannahme: Kaiserstr. 60, Telefon 6648.

Karlsruher Kammerstück:

„DER GEISTERZUG“ / Von Arnold-Bisley

Das ist eine Geister- und Gängnergeschichte, der norwegische Schluß eines amerikanischen Kriminalromans. Eine Glanzhaft jagt die andere, wenn in der windumjaulten, sturmumfluteten Bretterbude des gotterlassenen Stationshäuschens der Teufelspuck losgeht mit Schlägen von Geleierhand, blutrotem Laternenwandel vor vergittertem Fenster, höhnischem Geistergeächel, einem Tönen im Nebensinn, der plötzlich in Luft zergangen ist, und das alles geistert bis zu dem Augenblick, wo donnernd, rassend, unter Läutesignal, und aus voller Sauerstoff-Flasche zischend, draußen der „Geisterzug“ vorüberzast, der noch allen, die ihn sehen, den Tod gebracht hat. Denn er unter den hochgespannten Zuschauer ahnt hinter dem toten Knäuel ein „Geisterbesuchung“ das Knistern psychologischer Schreckensbeben einer Spirit-Schmugglerbande, mit deren die harmlosen Reisenden, die hier die Nacht verbringen müssen, in die Ficht geigt werden sollen! Nur weniger, den ganzheitlichen und unverbesslichen Hochlernen, stützen sich die Gänshaut bei den nävnen „Zwischenfällen“ des jungen Hallowalden, der mit schellenbarer Harmonik sich über die ätternenden Nerven seiner Leidensgenossen lustig machte, obwohl er, der seines davongefahrenen Hütchens wegen die Notbremse gerade hier, an diesem gotterdammen Orte gezogen hatte, die Ursache zu dem ganzen Dilemma war. Ja, die Zuschauer unterscheiden sich deutlich. Solche, die es mit der köstlich naiven Maske dieses jungen Scherzvogels hielten, lachten lauthals vor Vergnügen und nahmen, sehr zur Mißbilligung der anderen, den Spuk nicht ganz ernst, um am Schluß doch frappt die Luft umzuhalten, als er den Mantel seiner Harmlosigkeit wandte und plötzlich

als Chikagos hochberühmter Detektiv auf der Bühne stand, der hier sein Netz zu gezogen hatte, aus dem ihm auch der Silberfisch Julia nicht entschlüpfte.

Eine Freude war das Spiel, das Spiel des Einzelnen und das Zusammenspiel. Von wunderbarer Nachdrucklichkeit wieder Alwin-Michael Ruffer als bestochener „Stationsvorstand“ mit rotem Spitzbart, der aus nichts als Geste und Wort die Todesfahrt des „Geisterzuges“ entstehen ließ; köstlich gelobt, und darüber in der hochgespannten Situation die notwendige Entspannung auslösend, Erich Kline, Ausgeladener die drei Figuren der Unterwelt: Der robuste Bernhard Haas, der einem beinahe „natürliche“ Angst machte, die bis in die Schweißnäse der Handfläche gefährliche Maske des „Arztes“ Hans Rick, die sein Spiel so genau deckte, Irmsard Sacher als Julia, die routinisierte Spinon und Spitzeln der Spritschleiberbande. Mit ihren fingierten Trancezuständen hatte sie die Rolle eines Spielers im Spiel durchzuführen, das letzte an Nervenspannung aus ihren armen Opfern herauszunolen, und doch das gespielte Echte mit dem Talm-Echten der Unterwelt zu verbinden, — eine Rolle, die differenziert gegeben werden mußte und so gehoben wurde. Gut (nicht zuletzt in der Tonlage) und viel belacht in ihrer dankbaren Rolle, Margarete Debold als MIO Bourne, die angejahrte Unverehelichte mit Vogelbauer und Abstinenz, und endlich die beiden Pärchen, die neben und in all dem Spuk ihr kleines Privatleben hatten. Heinz Kiefer und Josef Müller, Winfried Müller und Ilse Krause.

Die Zuschauer gingen mit stemlos, gänzlich, zu kurzem Lachen befreit, und wieder überschauert, Lachend zum

Schluß, nicht wenig vor Freude am guten Spiel. Die Premiere (Inszenierung von Bernhard Haas) hatte einen gefüllten Saal, — es war die letzte Abonnement-Vorstellung alter Wahrung. Pieritz.

„Trost der edlen Musica“

Schon das Veranstalter des samstäglichen Konzertes in der Markuskirche hätte hingereicht, die Katholiken und Evangelischen Arbeitsgemeinschaft Dank und Anerkennung zu zollen. Um so mehr, als die Dissonanz unserer materiellen Lebens mehr denn je — wenn auch gerade auf anderer Basis — des harmonischen, verblühenden Ausgleichs so dringend bedarf. Daß über ihr ein Thema stand, das nicht allein eine edle Absicht ausmachte, sondern vielmehr in sich selbst einen sehr feinen und nicht weniger dankbar empfundenen Ruhepunkt barg, mag nicht unerwähnt bleiben, ebensowenig wie die glückliche Wahl der den Abend bestimmenden Werke. Doch, Wer anders als er hätte es vermocht, einen Augenblick wie diesen im Sinne des Themas zu erfüllen? Seine Sprache war es, die sich verdichtete zu den erhebenden und tröstenden Gesamteindruck dieses Konzertes, dem als Mittler Wilhelm Rumpf, Orgel, Elisabeth Friedrich, Sopran, und Elisabeth Neumann-Weisenecker, Violine, woblühend warme und vertraute Züge gaben. Wir wollen dieserhalb im Sinne der Geschlossenheit von Absicht und Verwirklichung von einer Kritik, die in diesem Falle nicht mehr als destruktiv, also fehl am Platze wäre, absehen und beides leben, Veranstaltung und Ausführung, Veranstalter und Ausführernde. —ck.

Freundlicher und wärmer

Vorhersage des Amtes für Wetterdienst Karlsruhe, gültig bis Sonntagabend: Teils wolfig, teils heiter, im wesentlichen trocken. Höchsttemperaturen am Samstag bis gegen 28 Grad.

